

- KO/hä

Bern, den 3. August 1959.

Légation de Suisse Athènes

Ref. M. 52. 1.

- 8 AOUT 1959 -

No.: 2175

Notiz

Besprechung mit dem griechischen Botschafter

Herr Contoumas hat um eine Audienz nachgesucht.

I.

Er erklärt einleitend, dass dieselbe Demarche, die er in Bern zu unternehmen Auftrag habe, von seinen Kollegen auch in den Hauptstädten der übrigen "Nicht Sechs" unternommen werde. Desgleichen seien die Botschafter der betreffenden Länder in Athen vom Aussenministerium informiert worden.

Die griechische Regierung hat es sehr empfunden, dass sie bei den Verhandlungen über die Schaffung einer Freihandelsassoziation von den "Nicht Sechs" völlig auf der Seite gelassen wurde. Griechenland hat sich stets für die Ideologie der OECF eingesetzt. Herr Contoumas erinnert an die verschiedenen Demarchen, die er beim Politischen Departement unternommen hat, als sich die Bildung einer Gruppe ausserhalb der EWG abzeichnete, insbesondere als die hohen Funktionäre erstmals in Genf zusammentraten.

Griechenland war durch das Vorgehen der "Nicht Sechs" in eine völlige Isolation geraten. Die griechische Regierung musste deshalb rasche Entschlüsse fassen. Wie das Politische Departement sicher aus den Pressemeldungen weiss, hat sie sich mit der EWG in Verbindung gesetzt und um die Angliederung an die EWG ersucht. Dieser Entschluss wurde ihr durch die Tatsache erleichtert, dass der Warenaustausch Griechenlands mit den "Sechs" der EWG viel bedeutender ist, als derjenige mit den "Nicht Sechs".

In London hat anscheinend die neue Orientierung Griechenlands etwas verstimmt.

Herr Contoumas ist nun von seiner Regierung beauftragt, dem Politischen Departement zu erklären, dass sich Griechenland weiterhin für die Ziele der OECF einsetzen will. Die griechische Regierung betrachtet jede Aufspaltung Europas in Blöcke angesichts der russischen Drohung als verderblich. Eine Beruhigung und Stärkung wird erst eintreten, wenn die 17 der OECF (oder nun die 18, mit Spanien) derselben Gemeinschaft angehören.



II.

Wegen der Ferienabwesenheiten bin ich nicht in der Lage, zu dem Schritte Griechenlands schon eine offizielle Stellungnahme der Schweiz bekanntzugeben. Was ich weiter ausführe, ist lediglich meine eigene persönliche Meinung, die für die Bundesbehörden nicht verpflichtend sein kann.

Vor allem frage ich mich, ob Griechenland nicht etwas vorschnell sich einem Gefühl der Isolierung hingegeben hat. Die Gruppierung der "Nicht Sechs" hat sich ganz natürlich aus ihrer besonderen Interessenlage als hochentwickelte Industriestaaten ergeben (der Fall Dänemarks immerhin ausgenommen). Irgendwelche Absicht, die übrigen Mitglieder der OECE, die nicht der EWG angehörten, zu isolieren, bestand bei den "Nicht Sechs" von Anfang an nie. Es darf aber doch Verständnis dafür vorausgesetzt werden, dass in Anbetracht der strikten Weigerung der EWG (lies: Frankreichs), mit den übrigen Mitgliedern der OECE über die Schaffung einer Freihandelszone überhaupt Verhandlungen weiterzuführen, auch die "Nicht Sechs" ihre Aufgabe der Schaffung einer Freihandelsassoziation nicht noch weiter komplizieren konnten. Die Probleme der Länder, deren Wirtschaftsstruktur ein Sonderstatut erfordert, wären sicher rechtzeitig ebenfalls an die Reihe gekommen. Zum Beweis gebe ich Herrn Contoumas Kenntnis von den Punkten 1 und 2 des Aide-Mémoire, das ich heute dem irländischen Gesandten, Frau McNeill, übergeben habe. Uebrigens haben z.B. mit Dänemark inzwischen bereits bilaterale Verhandlungen zur Regelung seiner Sonderprobleme stattgefunden - weil eben diese Probleme wegen der skandinavischen Verhältnisse vordringlich waren. Auch Finnland ist im Begriff, den Weg zur Freihandelsassoziation zu finden, trotzdem es nicht einmal Mitglied der OECE war. Natürlich legt die geographische Lage Finnlands seiner Regierung andere Beschlüsse nahe, als das im Falle Griechenlands zutrifft.

Ich denke doch, dass nicht die Ideologien, sondern die Realitäten auch für den neuesten Entschluss Griechenlands ausschlaggebend waren. Wenn die griechischen Produkte ihren Hauptabsatz in den Ländern der EWG finden, insbesondere natürlich in Deutschland, so sehe ich nicht ein, weshalb wir den Beschluss der griechischen Regierung unfreundlich aufnehmen sollten.

Falls sich Griechenland, wie mir der Botschafter ausdrücklich erklärt, weiterhin für die Ideale der alten OECE, d.h. für eine ganz Europa umfassende Freihandelszone, auch im Lager der EWG in Zukunft einsetzen wird, so kann uns die Stärkung dieser Tendenz innerhalb der EWG nur willkommen sein, da auch die Schweiz weiterhin dieses Ziel vorbehaltlos anerkennt.

- 3 -

III.

(Selbstverständlich wird auch in der EWG die Stimme Griechenlands kein besonderes Gewicht haben. Zudem können wir doch wohl froh sein, wenn die Sonderwünsche und der Geldbedarf Griechenlands und der Türkei zunächst einmal die EWG und nicht die Freihandelsassoziation belasten. Aber die Grundsätze, mit denen die griechische Regierung ihren Entschluss rechtfertigt, erforderten von mir eine entsprechende Antwort.)

sig. Kohli

1 Beilage.

Kopien an Herrn Minister Schaffner, Direktor der Handelsabteilung,
Herrn Botschafter Feer, Athen,
Herrn Minister Soldati, Paris,
Herrn Langetin, Handelsabteilung,
Herrn Charles Müller, Finanzsektion EPD.

1) L'Association européenne de libre échange, dont la création a été prévue par la Conférence des Ministres qui s'est tenue à Saltsjöbaden près Stockholm, les 20 et 21 juillet 1959, n'est pas un but en soi. Dans l'esprit de ses auteurs, elle constitue une étape vers une Association multilatérale comprenant tous les pays de l'OECE. Le gouvernement suisse est convaincu qu'il n'existe actuellement pas d'autre moyen pour réaliser cet objectif et qu'en s'engageant dans cette voie, il travaille également dans l'intérêt de ceux des pays de l'OECE qui ne participent ni à la Communauté économique européenne ni à l'Association européenne de libre échange.

2) Les délégations réunies à Saltsjöbaden étaient cependant conscientes des problèmes spéciaux qui se posent aujourd'hui à ces pays en raison du développement de l'intégration économique européenne. Conformément à une proposition suisse, elles ont chargé les hauts fonctionnaires qui ont reçu pour mandat d'élaborer le traité d'association, de rechercher les dispositions d'ordre transitoire qui pourraient être prises pour tenir compte de la situation de ces pays. Il est d'ailleurs probable que l'OECE sera saisie de ce problème, étant donné qu'une solution satisfaisante ne saurait guère être trouvée que dans ce cadre plus large.